

Reinhard Köbler

Internationalismus, internationale Konkurrenz und Solidarität

Versuch einer Besinnung

„Der Internationalismus ist heute noch ausschließlich Sache der Geschäftswelt. Die westeuropäische Linke hat dem nichts Überzeugendes entgegenzusetzen.“ Bernard Umbrecht von der französischen Wochenzeitung „Politix“ hat diese Bemerkung in der „taz“ vom 22. Januar 1988 auf deutsch-französische Zusammenarbeit und westeuropäische Einigung gemünzt, ihre Geltung reicht aber weiter. Dabei mochten internationale Zusammenschlüsse, zumal in Form fester Organisationen, lange Zeit als Domäne der Arbeiterbewegung erscheinen. Die „Internationale“ war gleichbedeutend mit dem Gespenst der Revolution und des Kommunismus. Von diesem Ruch des Umsturzes ist das Wort heute, wo es neben der Sozialistischen eine Liberale Internationale, aber auch entsprechende Organisationen konservativer und christdemokratischer Observanz gibt, anscheinend gründlich gereinigt. Wichtiger noch als diese internationalen Apparate parteipolitischen Zuschnitts sind vielfältige internationale Institutionen, die auf unterschiedlichen Ebenen zwischenstaatliche Beziehungen, aber auch innergesellschaftliche Verhältnisse oft entscheidend beeinflussen und prägen. Sie sind vorwiegend seit dem Zweiten Weltkrieg entstanden, allermeist nicht, um bestehende Herrschaft zu erschüttern oder in Frage zu stellen, sondern um sie zu zementieren. In vielen Fällen kommt Herrschaft auf internationaler Ebene durch diese internationalen Apparate überhaupt am effektivsten zur Geltung. Das vielleicht hervorstechendste Beispiel dafür sind die Strategien von IWF und Weltbank und ihre Durchsetzung zumal seit Ausbruch der Schuldenkrise.

Auf den ersten Blick scheint sich die Stoßrichtung internationaler Kooperation also während der letzten anderthalb Jahrhunderte verkehrt zu haben: Erschien sie einmal vorab gegen bestehende Herrschaftsverhältnisse gerichtet, so dient sie heute mindestens in erheblichem Maß und vor allem da, wo sie am effektivsten ist, deren Konservierung. Dies kann Anlaß sein, nach den Grundlagen von Internationalismus zu fragen. Dabei geht es offenbar neben internationaler Solidarität von Arbeitern oder antiherrschaftlicher Bestrebungen und mit nationalen Befreiungsbewegungen auch um den „Internationalismus des Kapitals“.

Noch bis vor Kurzem schien gerade formell verfaßte internationale Kooperation vor allem eine Domäne der Arbeiterbewegung mit ihrer Tradition der „Internationale“, unter der Devise „Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch!“ Demgegenüber wird leicht übersehen, daß es schon zuvor in Europa mit der

Heiligen Allianz durchaus eine Internationale der Reaktion gegeben hatte mit der ausdrücklichen Zielsetzung, den demokratischen Impuls der Freiheitskriege zu ersticken. Das Fehlen eines eigenen organisatorischen Apparats wurde hier durch eine Effektivität im Kampf gegen subversive Bestrebungen ausgeglichen, die beiträgt, dem System Metternichs noch in den Augen der Kissingers von heute Beispielcharakter zu verleihen. Auf nicht-staatlicher Ebene gehörten die antisemitischen Kongresse zu den frühesten international agierenden Institutionen.

Für die Gleichsetzung von Internationalismus und Arbeiterbewegung entscheidend dürfte die Annahme gewesen sein, die auf einem unorganisierten Markt gegeneinander konkurrierende *Bourgeoisie* sei weniger zu solidarischer Klassenaktion fähig als die ihr gegenüberstehende *Arbeiterklasse*. Diese geradezu ontologische Unterstellung geht zurück etwa auf Bestimmungen des Proletariats, wie sie der junge Revolutionär Karl Marx im Vormärz auf der Suche nach einem revolutionären Subjekt gefunden hatte: Die Lage der modernen Industriearbeiter erschien ihm als allseitige Negation des Menschlichen; das Proletariat hatte damit die Chance, zur „allgemeinen Klasse“ zu werden und so jegliche Ausbeutung, Unterdrückung und Spaltung zwischen Menschen einschließlich nationaler Trennungslinien aufzuheben. Wie gerade Marx' spätere Analysen zeigen, war Internationalismus aber weder auf der Ebene der Klassenanalyse noch anhand der Erfahrungen mit gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen eindeutig zu begründen: Nicht nur die Kapitalisten, sondern gerade auch die Arbeiter stehen zu einander in scharfer Konkurrenz, die durch organisatorische Anstrengungen erst überwunden werden müßte. Die im *Kommunistischen Manifest* beschworene „immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter“ bezeichnete eher eine politische Notwendigkeit, denn eine aus den Klassenverhältnissen zu begründende Realität. Staatsgrenzen übergreifende Solidarität läßt sich hier allenfalls aus der negativen Feststellung ableiten, die Proletarier hätten „kein Vaterland“. Auch dieser berühmten Formulierung folgt die Wendung, das Proletariat werde sich zunächst zur „nationalen Klasse“ konstituieren und seine ersten „Maßregeln“ würden „je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein“; schließlich müsse das „Proletariat eines jeden Landes ... natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden“. Dies kann nicht abgetan werden als Unterschied zwischen Allgemeinem und Konkretem. Hier artikuliert sich gerade die Schwierigkeit, das internationalistische Postulat politisch zu konkretisieren. Auch der 1864 gegründeten Internationalen Arbeiter-Assoziation erschien internationale Solidarität vorab als „Ehrenpunkt“, und damit eben nicht etwa als spezifisch proletarische Begabung.

Die Einsicht Weniger in die Bedeutung internationaler Politik und in die Notwendigkeit einer nationalstaatliche Grenzen übergreifenden Aktion sagte noch nichts aus über deren faktischen Stellenwert im Tageskampf von Parteien und Gewerkschaften. Spektakuläre internationale Solidaritätsaktionen etwa bei langwierigen Streikkämpfen bildeten eher Ausnahmen, halfen aber einen Mythos des Internationalismus zu begründen. Dieser Mythos verdeckte vor

allem den Tabestand, daß die internationale Solidarität der Reaktion immer schon weit geschichtsmächtiger wirkte, als jene der Unterdrückten, zumal der Arbeiter. Gesellschaftliche Krisen des 19. Jahrhunderts wie die Revolutionen des Jahres 1848 oder die Pariser Commune können dies veranschaulichen; hier waren Interventionen wie die Rußlands 1848/49 in Ungarn oder die Anwesenheit der preußisch-deutschen Truppen 1871 in Frankreich entscheidend für die Niederlage der Revolution.

Der deklamatorische Internationalismus der sozialdemokratischen Parteien erwies sich als leere Hülse beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Gerade die Verhinderung dieser Katastrophe war von der 1889 neu belebten Internationale erhofft worden. Ihre Spaltung leitete nach Kriegsende und nach der russischen Revolution unter Führung der Bol'seviki eine erste Proliferation von "Internationalen" als staatsübergreifende Richtungsorganisationen ein: Der Gründung der Dritten, der Komintern, folgte bald die "Zweieinhalbte" von linken Sozialdemokraten, später die Wiedergründung der Sozialistischen, endlich die trotzkistische Vierte.

Die Komintern leitete eine entscheidende Wendung auf wenigstens zwei Ebenen ein: Sie bestimmte den Aktionsbereich des Internationalismus neu, nämlich erstmals unter Einschuß antkolonialer Bewegungen; in ihr wurde ferner sehr schnell das Selbstverständnis als "Weltpartei des Proletariats" dominant, gleichbedeutend mit dem Vorrang der außenpolitischen Interessen der Führung einer zum "Vaterland aller Werktätigen" erklärten Sowjetunion. Internationalismus wurde so seinem Anspruch nach wesentlich ausgeweitet und überhaupt erst weltumspannend konzipiert, doch zugleich für die oft kurzfristigen und manchmal illusionären Ziele eines Staates oder gar der ihn kontrollierenden Clique eingespannt. Die Folgen lassen sich schwer abschätzen, doch spielten Politik, Einfluß und Eingreifen der Komintern eine zumindest nicht unwesentliche Rolle bei entscheidenden Katastrophen der Zwischenkriegszeit. Zu erinnern ist an die blutige Niederlage der chinesischen Revolution 1927, die unlösbar mit der Durchsetzung einer Strategie und Taktik verknüpft ist, welche die Politik der chinesischen Kommunisten dem Kalkül der stalinistischen Führung in den gleichzeitigen Fraktionskämpfen unterwarf; während des Aufstiegs der Nazis in Deutschland vor 1933 trug die von der Kominternspitze durchgesetzte Polarisierungspolitik zur Verhinderung möglicher Abwehrendnisse bei; der Untergang der Spanischen Republik 1939 war wesentlich mit dadurch bedingt, daß viele Komintern-Repräsentanten die Bekämpfung konkurrierender Gruppierungen wie Anarchisten und Trotzlisten und die Wahrung der staatlichen außenpolitischen Interessen der Sowjetunion für noch vordringlicher hielten als die Abwehr der faschistischen Offensive. Die Einbeziehung der Kolonialländer in den Geltungs- und Wirkungsbereich des Internationalismus hatte weiterreichende Konsequenzen. Diese Solidarität war nicht mehr mit einer gemeinsamen Klassenlage begründbar, sondern in erster Linie mit der gemeinsamen Gegnerschaft gegen den Imperialismus. Damit öffnete sich dieser Internationalismus aber auch stärker einer Motivation, die Ernest Hemingway im Motto seines Spanien-Romans mit dem schö-

nen Zitat von John Donne angesprochen hat: "No man is an Island, intire of it selfe ... any mans death diminishes me, because I am involved in Mankinde; And therefore never send to know for whom the bell tolls; It tolls for thee." Hier treten zugleich ältere Traditionen umfassender Menschheitsverbündung aus Humanismus und Aufklärung wieder stärker in den Vordergrund. Internationalistische Aktion, wie großenteils die Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg, war weit weniger ausschließlich klassenpolitisch motiviert als durch die Verteidigung demokratischer Prinzipien, von Freiheits- und Menschenrechten und Einsicht in die internationale Dimension ihrer Bedrohung. Die historische Konstellation spitzte die ambivalente Stellung bürgerlicher Staaten und ihrer politischen Strategien gegenüber diesen Zielsetzungen der bürgerlichen Revolution zu: Nazis und Faschisten wurden von den Regierungen der westlichen Demokratien lange Zeit eher in der Perspektive eines internationalen Kreuzzugs gegen den Bolschewismus verortet, womit Freiheitsrechte zumindest auf internationaler Ebene der Staatsräson untergeordnet wurden. Gerade Spanien zeigte, daß die Stalinisten hier nicht anders verfahren. Die Wahrung von Freiheits- und Menschenrechten war damit ehestens von nicht-staatlicher internationalistischer Aktion zu erhoffen.

Ähnliches gilt für die Solidaritätsbewegung mit antikolonialen Kämpfen und allgemein mit der Dritten Welt nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie berief sich zu Recht immer wieder auf die Prinzipien von Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung und Menschenrechten, die seit Präsident Wilsons 14 Punkten in großartigen Proklamationen bis hin zur UNO-Charta verankert waren, aber mit Füßen getreten wurden, wenn hegemoniale Interessen, zumal koloniale und postkoloniale Einflusssphären auf dem Spiel standen. Es sei dahingestellt, ob etwa die Opposition gegen den Vietnamkrieg vor allem in den USA beitragen konnte, noch Schlimmeres zu verhindern und die Intervention abzukürzen. Die Problematik dieser Form des Internationalismus trat zu dem Zeitpunkt deutlich hervor, als der offene militärische Konflikt beendet war: Einerseits erwiesen sich die Projektionen gerade der durch solche Erfahrungen "Politisierten" auf die Adressaten von Solidarität häufig als verfehlt und illusionär; zugleich zeigte sich, daß in vielen Fällen nicht die Solidaritätsbewegung von gestern zum Partner und Adressaten von heute wurde, sondern jene Regierungen, welche Intervention und Counter-Insurgency wo nicht offen unterstützt, so doch geduldet und insgeheim gefördert hatten. Gerade in solchen Erfahrungen kommen die Verhältnisse klar zum Ausdruck: Das internationale Machtgefälle auf politischem, erst recht auf wirtschaftlichem Gebiet wurde durch den politisch-militärischen Erfolg keiner einzigen Befreiungsbewegung erschüttert. Ihre Kooperationspartner als Staatsmacht konnten sehr begrenzt die COMECON-Staaten, mußten aber vor allem die OECD-Staaten sein - und es wurde Aufgabe von Solidaritätsgruppen, etwa im Fall Moambiques zu fordern, daß es dazu kam.

Der Internationalismus der heutigen Solidaritätsbewegung kann sich nicht unmittelbar auf eine Konvergenz der Ziele mit den Adressaten berufen, die über die genannten, freilich sehr grundlegenden aber auch abstrakten Prinzipien

hinausginge. Er kann sich auch nicht auf eine gemeinsame Lage beziehen, wie dies den Anspruch des proletarischen Internationalismus begründete. Die Gemeinsamkeit der Gegnerschaft gegen Neokolonialismus und Rassismus hat sich zwar als tragfähig für Aktionseinheiten vor allem in Phasen unmittelbarer Konfrontation wie etwa nationalen Befreiungskriegen erwiesen; sie sagt aber nichts aus über Gemeinsamkeit oder Konvergenz der Zielsetzungen. Dies verkennt zu haben war eine der großen Illusionen der Neuen Linken in der Bewegung gegen den Vietnamkrieg.

Aus solchen, in den jeweiligen Verhältnissen wohlbegründeten Unterschieden dürfte sich das geringe Maß an greifbarer Gegenseitigkeit herleiten, das diesen Internationalismus ebenfalls charakterisiert. Seine Motivation nicht durch vordergründige "Interessen", sondern ausgehend vom Einklagen offiziell anerkannter Prinzipien von Menschenrechten und Gerechtigkeit und durch den Protest gegen ihre Mißachtung durch die eigene oder dieser verbündete Regierungen muß nicht unbedingt als Schwäche verstanden werden. Sie entspricht aber der gesellschaftlichen Stellung jener, die diese Bewegungen zumindest in der Anfangsphase vor allem getragen haben, intellektuelle und besonders Studenten, also Angehörige relativ wenig in Arbeits- und Konsumverhältnissen des Fordismus integrierter Gruppen. Hier war die Konkurrenzsituation weniger virulent, die für große Teile der Arbeiterschaft der Metropolen eine wenigstens kurzfristige Interessenkonvergenz mit nationalen und multinationalen Kapital auch auf Kosten anderer national umschriebener Arbeiterklassen konstituierte oder sie ihnen wenigstens suggerierte.

Solche Konkurrenz kommt noch in Formen "internationaler Solidarität" zum Ausdruck; wie sie zum Beispiel von der IG Bergbau und Energie praktiziert wird. Sie macht sich zwar erfreulich stark gegen billige südafrikanische Importkohle und unterstützt auch aktiv die südafrikanische Bergarbeitergewerkschaft. Andererseits ließ es dieselbe IGBE geschehen, daß westdeutsche Kohle während des Bergarbeiterstreiks 1984/85 nach Großbritannien geliefert wurde. Der gemeinsame Nenner dieser Politik ist der Nutz und Frommen der heimischen Kohle: Einmal geht es um die Abwehr konkurrierender Exporte ins eigene Land, das andere Mal gerade um die Nutzung von Exportchancen, die sich aus dem britischen Streik ergaben. In der Wahrung vordergründigen Eigeninteresses drückt sich so in unterschiedlicher Weise Konkurrenz unter den Arbeitern als Sorge um Absatzmärkte aus, auch wenn dies gelegentlich die Gestalt internationaler Solidarität annimmt. Freilich wurde 1984/85 übersehen, daß weitgehend die gleiche Entwicklungstendenz und Energiepolitik, die von den britischen Bergleuten bekämpft wurde, in kurzer Zeit auch an der Ruhr für weiteres Zehnensterben sorgen würde. Andererseits wird die Solidarität mit südafrikanischen Bergleuten zu kurz greifen, wenn sie nicht wenigstens ein Minimum an Arbeitsbedingungen in den Mittelpunkt stellt, das sich an sozial fortgeschrittenen Metropolitänländern orientiert. Darauf wird gleich zurückzukommen sein.

Die weltweiten Machtverhältnisse werden durch die augenblickliche Krisensituation vor Augen gestellt als lange Zeit zuvor. Die Krise bedeutet

für Ansätze selbstbestimmter Entwicklung und erst recht für Befreiungsbewegungen an der Macht existentielle Gefährdung. IWF-Auflagen und Austeritätsprogramme sind gleichbedeutend mit offenen Angriffen auf die Identität dieser gesellschaftlichen Projekte. Dies gilt etwa für die durch Abwertung nationaler Währungen im Verein mit restriktiver Lohnpolitik drastisch verschlechterten Lage so gut wie der gesamten städtischen Bevölkerung. Auf dem Land mag die erzwungene Rückkehr zum Markt - oft mißverstanden als pauschales Zugeständnis an den "Kapitalismus" der Bauern (nicht den internationalen) - den bäuerlichen Produzenten vielleicht ein wenig Manövriertfähigkeit zurückgeben, wenn sie sich diese nicht schon immer durch Schwarzmarktgeschäfte einfach genommen hatten. Entscheidend ist, daß unter Bedingungen einer von außen diktierten Finanz- und Währungspolitik, abgedeckt allenfalls durch Programme zur Linderung offensichtlichster Not, Programme mit dem Anspruch der Erringung nationalstaatlicher Autonomie oder gar langfristiger sozioökonomischer Veränderung zugunsten der Organisation unmittelbarer Überlebensperspektiven verjagt oder gar verabschiedet werden müssen.

Die Krise unterstreicht die fundamentale Tatsache, daß alle politischen Umwälzungen der letzten 40 Jahre an den realen Machtverhältnissen und an der Struktur des Weltmarkts sehr wenig geändert haben; die wirklich eingetretenen Verschiebungen lagen auf einer anderen Ebene. Mit den Machtverhältnissen auf dem kapitalistisch geprägten Weltmarkt mußten gerade Ansätze zu eigenständiger Entwicklung durchgängig immer schon rechnen; der Bewegungsspielraum veränderte sich zweifellos erheblich, auch als Folge nationaler Strategien: Mögliche Optionen wurden verspielt, etwa durch verfehlte Veräußerung der Erlöse aus Rohstoffexporten, zentraler ist aber gerade im Kontext von Projekten sozialistischer Veränderung die Zerstörung kleinbäuerlicher Produktionsstrukturen zugunsten modernistischer Konzepte der Umstrukturierung des Landes in Großdörfer und zentralisierte Genossenschaften. Die gegenwärtigen Krisensituationen haben meist angebbare Ursachen auch in solchen Entscheidungen auf einzelstaatlicher Ebene; deren Tragweite und Folgen sind schon viel stärker bestimmt durch die Bewegung des Weltmarkts, wie sie etwa in der Verschuldungskrise zum Ausdruck kommt.

Diese ernüchternde Tatsache zeigt sich vor allem in der viel höheren Effektivität internationaler Kooperation auf der Seite des Kapitals im Kontrast zu Oppositionsbestrebungen aller Art. Hier spielt zweifellos die größere Leichtigkeit eine Rolle, mit der eine kleinere Zahl von Partnern sich mittels leistungsfähigerer Technologie koordinieren läßt. Wesentlich ist aber, daß Kapitalfraktionen es in der Geschichte mit ganz wenigen Ausnahmen immer wieder und anscheinend immer besser vermocht haben, gerade in politisch existenziell entscheidenden Situationen über divergierende kurzfristige Interessen einzelner Fraktionen hinweg gleichsam im "System-Interesse" zu kooperieren. Auch wenn in solcher Zusammenarbeit allermeist die unterschiedliche ökonomische und politische Potenz der kooperierenden deutlich zum Ausdruck kam, gelang es doch ganz offensichtlich und zunehmend seit dem Zwei-

ten Weltkrieg, das übergreifende Ziel des Machterhalts und der Kontrolle im Großen und Ganzen zu wahren. Ein wichtiger Beleg ist die Art und Weise der Dekolonisierung des größten Teils der Dritten Welt, die zugleich eine Verlagerung in Einfluß und Marktzugang von den ehemaligen Kolonialmächten hin zu den USA, später auch der BRD und Japan bedeutete.

Für Oppositionsbewegungen in den imperialistischen Metropolen war deren Stabilität und ihr eigener dadurch eingeeengter Aktionsrahmen Ansporn, die real erfahrenen Frustrationen in der Projektion von Wunschvorstellungen auf Gesellschaften zu kompensieren, die aus heutiger Sicht weder die reale Chance hatten, mehr als ihr Überleben zu organisieren, noch erst recht bereit oder in der Lage waren und sind, Perspektiven zu übernehmen, die einer zunächst wenigstens spezifisch metropolitane Problemstellung entstammen. Mit anderen Worten, unsere Probleme werden wir vermutlich selbst und hier bei uns angehen und lösen, für unsere Hoffnungen und Zielvorstellungen selbst Realisierungschancen suchen müssen.

Neben bewußt politischer Motivation im engeren Sinn steht in der Solidaritätsbewegung, oft verkörpert in einer und derselben Person, die Motivation des schlechten Gewissens, im Weltmaßstab zu einer auf Kosten anderer privilegierten Minderheit zu gehören. Aus diesem, Normen der Nächstenliebe, aber auch Humanismus einbeziehenden Impuls ergeben sich gewiß häufig von kaum reflektierter Philanthropie geprägte Aktionen ohne Berücksichtigung gesellschaftlicher und politischer Gegebenheiten. Er enthält aber implizit die wichtige Grundforderung nach universaler Gleichheit von Lebenschancen und -verhältnissen. Diese Forderung hat zukunftsweisende Möglichkeiten, birgt freilich auch Risiken: Zum einen darf sie nicht mißverstanden werden im Sinne von Uniformierung, sondern sollte vielmehr begriffen werden als Weg zur Bewahrung, Wiederentdeckung und Rückgewinnung von Vielfalt in Lebensformen; zum anderen hat sie sich aufzuklären darüber, daß die Ausgleichung von Lebenschancen nicht gleichbedeutend ist mit einer Einebnung auf niedrigstem Niveau. Dies schließt die Auseinandersetzung über die Bedingungen solcher Alternativen vorzüglich ein. Immerhin sind Ressourcen heute nicht nur höchst ungleich verteilt, sondern werden vor allem auch auf verschiedenste Weise allgemein und in großem Maßstab verschwendet, sei es durch interessengeleitete Allokation für Rüstung oder bestimmte großtechnische Projekte, sei es durch Inkompetenz, Planungsfehler oder inadäquate Planungsmethoden oder auch mangels realer aktueller Alternativen, etwa bei Brennmaterial.

Ist demnach eine internationale und innergesellschaftliche Ausgleichung der Lebenschancen, die nicht zugleich universalen Niveauverlust und sicher nicht Uniformität impliziert, eine realistische Perspektive, so läßt sie sich zugleich in einen Kontext einordnen, wo Internationalismus von Produzenten, aber auch von Konsumenten nicht nur eine materielle Basis finden kann, sondern im Maße der Internationalisierung der Kapitalbeziehungen zunehmend unabdingbar wird. Diese Tendenz hat u. a. dazu geführt, daß nicht nur multinationale, sondern oft auch etwa mittelständische Unternehmen unter einer ten-

denziell weltweit gespannten Palette untereinander konkurrierender Standorte den vorteilhaftesten auswählen können. Standortvorteile bemessen sich bekanntlich nicht allein an Steuerprivilegien und Rücktransfurmöglichkeiten, sondern wesentlich an Komponenten des Investitionsklimas wie meist durch politische Repression abgesicherte Einschränkung oder Ausschaltung gewerkschaftlicher Aktivität, an Lohnniveau und Arbeitszeitstruktur, aber auch zunehmend "toleranter" Haltung in ökologischen Fragen. Internationalismus müßte gerade vor dem Hintergrund vergleichsweise intakter Gewerkschaftsrechte und eines relativ hohen ökologischen Bewußtseins im eigenen Land weniger solche Privilegien beklagen, als ganz wesentlich die Forderung nach Verallgemeinerung dieser Verhältnisse erheben sowie ihre über den nationalen Rahmen hinausgehende Verteidigung und ihren Ausbau anzielen angesichts der Tatsache, daß sie noch bei weitem ungenügend sind. Ein solcher Internationalismus wäre durch mehr begründet als durch gemeinsame Gegner.

Hier geht es offenkundig nicht um Altruismus, sondern um wohlverstandene ureigenste Interessen. Ein Durchschlagen der Konkurrenz der Standorte, d. h. ein uneingeschränktes gegenseitiges Unterbieten im Hinblick auf Arbeits- und Produktionsbedingungen macht isolierte gewerkschaftliche oder ökologische Abwehrkämpfe weitgehend aussichtslos angesichts drohender Produktionsverlagerungen oder Billigimporte. Die minimale Forderung nach Verallgemeinerung menschlicher Lebensbedingungen wird so zur Grundbedingung einer aussichtsreichen Bewahrung der eigenen.

Die westdeutschen Gewerkschaften etwa haben unzweifelhaft Fortschritte in diese Richtung gemacht, vergleicht man z. B. die Befürwortung von Investitionen in Südafrika durch den damaligen IG Metall-Chef Eugen Loderer nach seiner Reise in dieses Land 1978 mit den aktuellen Forderungen des DGB-Vorsitzenden Breit. Stand vor 10 Jahren die Identifikation mit dem Interesse des nationalen Kapitals an Akkumulationsmöglichkeiten und Kapitalexport und mit der Politik der damaligen Bundesregierung im Vordergrund, so scheint die Einsicht gewachsen zu sein, daß dies letztlich auf Kosten der eigenen Mitglieder gehen wird; Rücksichten auf die "eigene" Regierung haben sich mittlerweile erübrigt. Unterschiedliche Formen des Boykotts von Waren, aber auch in Form der Vorenthaltung von Arbeitsleistungen, etwa beim Löschen und Abfertigen von Schiffen spielen ebenfalls vor allem in der Solidarität mit dem Kampf gegen das Apartheidsregime international zunehmend eine Rolle. Es ließen sich aber andere Beispiele auch aus älteren Erfahrungszusammenhängen anführen, die zeigen, daß solche Aktionsformen bei entsprechendem Umfang und Zähigkeit erfolgversprechender sind, als zuweilen angenommen. Freilich erfordern sie zumeist gründliche und schnelle Information und umfangreiche Aufklärungsarbeit.

Gerade wenn es zutrifft, daß der "Internationalismus des Kapitals" auf absehbare Zeit seine Gegner an Stärke und Effizienz deutlich übertreffen wird, ist es erforderlich, mit vollem Bewußtsein solche und andere hauptsächlich defensive Formen der Aktion zu entwickeln, die weniger ein "Eingreifen" in

“weit weg“ liegende fremde Verhältnisse beinhalten, als Eintreten für die wohlverstandenen eigenen Interessen.

Anschrift des Autors:

Reinhard Köfller
Diepenbrockstr. 36
4400 Münster

Tatjana Chahoud

Zwischenbilanz der Anpassungspolitik – Die Weltbank auf dem Weg zu einer neuen Politik der Armutsbekämpfung?

Nachdem die Grundbedürfnissestrategie der McNamara-Ära mit Beginn der 80er Jahre fast kommentarlos aus den Weltbank-Dokumenten verschwunden war, soll die Weltbank – so Präsident Conable auf der Jahrestagung von 1986 – zukünftig wieder eine Führungsrolle im Kampf gegen die Armut übernehmen (1). Hintergründe, Konzeption und Perspektiven dieser bislang nur in ersten Umrissen erkennbaren Neuorientierung sollen im folgenden dargestellt und analysiert werden. Dieser sich andeutende Wandel ist eng mit der Verschuldung der Dritte-Welt-Länder wie auch der bisherigen Anpassungspolitik verknüpft. Es bedarf daher zunächst einer knappen Skizze zum Stand der Verschuldung sowie einer detaillierteren Analyse bisheriger Effekte der Struktur- und Sektoranpassungspolitik.

1. Auslandsverschuldung und Umschuldungsprozeduren.

Die gesamte Auslandsverschuldung der Dritten Welt nahm auch 1987 weiter zu und erreichte inzwischen 1,19 Bill. US\$. Für 1988 prognostiziert die Weltbank ein Volumen von 1,25 US\$ (2). Als besonders gravierend ist in diesem Kontext die Tatsache zu werten, daß keines jener Länder, das seit 1982 “Schuldenerleichterungen“ erhielt, inzwischen seine Verschuldungsquote deutlich verringern konnte (3). Nach weltbank eigenen Angaben erhöhte sich diese Quote im Jahre 1986 und den vorliegenden Daten für 1987 ebenfalls. Für 1988 prognostiziert die Weltbank für die armen Länder der Subsahara-Region v.a. aufgrund erhöhter öffentlicher Finanzressourcen eine zeitweilige Entlastung. Für die sog. hochverschuldeten Dritte-Welt-Länder mit mittlerem Einkommen bleiben die Perspektiven, insbesondere wegen des seit 1981 andauernden Rückgangs der Neukreditvergabe seitens der Geschäftsbanken, weiterhin düster. Von Ausnahmen abgesehen (s. die Finanzierungspakete für Mexiko, Argentinien und Südkorea), deutet auch der Weltbank zufolge nichts darauf hin, daß die private Kreditvergabe an die Dritte-Welt-Länder in vorhersehbarer Zukunft wieder ansteigen wird (4). Insgesamt lag auch 1987 der Nettokapitalexport der Dritten Welt immer noch bei 29 Mrd. US\$ (5). Diese ermütherten Daten lassen darauf schließen, daß die seither entwickelten Umschuldungsprozeduren und Finanzinnovationen (MYRAS, debt-to-equity-swaps, exit-bonds etc.), wie auch die Errichtung zusätzlicher Fazilitäten beim IWF primär der Entlastung und Abfederung der Risiken der Geschäftsbanken als auch der öffentlichen Gläubiger dienten. Das angestrebte